

Das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG)
Oder: die Lauterbach-Revolution fällt aus

Welch ein Name!
Wer nun allerdings denkt, es gehe bei diesem Gesetz tatsächlich um die Verbesserung der Krankenhausversorgung sieht sich getäuscht. Anlässlich der ersten Lesung des Gesetzes im Bundestag Ende Juni kritisierten verschiedene gesundheitspolitische Initiativen Lauterbachs Krankenhausreform grundlegend. Hier einige Stellungnahmen:
Thomas Böhm, lange Personalratsvorsitzender im Klinikum Stuttgart und Sprecher des Bündnisses „Krankenhaus statt Fabrik“ fasst dies so zusammen:
„Lauterbach hat 2004 die Einführung der DRG-Fallpauschalen nachdrücklich befördert und schon damals behauptet, dass dies die Qualität der Versorgung verbessern würde. Das war weder bei den DRGs der Fall, noch trifft es heute auf das KHVVG zu. Der Bevölkerung wird mit der Qualitätserzählung Sand in die Augen gestreut, und sie wird über die wahren Ziele der Reform hinweggetäuscht: eine drastische Verringerung der kleinen Grundversorgungskrankenhäuser und der Abbau von Betten.“
Jorinde Schulz vom Bündnis Klinikrettung: „Wer für Lauterbachs Reform ist, ist auch für Krankenhausschließungen – das müssen die Abgeordneten wissen, wenn sie für das Gesetz stimmen.“
Peter Hoffmann vom VDÄA (Verein demokratischer ÄrztInnen): „Es besteht die große Gefahr, dass die geplanten Qualitätskriterien zum

Bettenabbau und zu Krankenhausschließungen missbraucht werden. Denn Lauterbach hat nicht die Qualität im Auge, wie er ständig betont, sondern genau diesen Abbau.“
Und wie es wirklich ginge die Krankenhausversorgung zu verbessern ist seit langem bekannt:
Um die Krankenhäuser und damit die flächendeckende Versorgung zu retten, brauchen wir eine vollständige Finanzierung der Kosten,

welche den Kliniken für die Erfüllung ihres Versorgungsauftrags entstehen. Ein Modell dafür gibt es: die Selbstkostendeckung.“ (J.Schulz)
Und:
„Am ehesten ist dies zu gewährleisten, wenn die Planung demokratisch – also unter Beteiligung aller Betroffenen, auch der Bürger und der Beschäftigten – und in den Versorgungsregionen stattfindet und nicht am grünen Tisch oder auf Bundesebene.“ (P.Hoffmann)

Das politische Ziel der CDUCSUSPDGRÜNEFDPAFD ist die massive Aufrüstung und die Kriegsertüchtigung der Gesellschaft und des Gesundheitswesens. Da ist für die Belange der Bevölkerung eben immer weniger übrig.



Information der DKP-Gruppe Gesundheit Juli/August 2024

Kanonen statt Butter – geht’s noch?
vom Bund für Soziale Verteidigung veröffentlicht :

Sozialausgaben statt Rüstungsausgaben			
	„Militärausgaben 2024“ (NATO-2%-Ziel): 86 Mrd. €	„Sozialausgaben 2024“ für Bildung, Gesundheit, Entwicklung, Wirtschaft & Klima, Wohnen, Auswärtiges und Umwelt: 76 Mrd. €	
	35 F35-Kampffjets: 8,3 Mrd. €	Den Krankenhäusern fehlen jedes Jahr für dringende Investitionen: 3,7 Mrd. €	
	Eine Flugstunde des Kampffjets EUROFIGHTER: 67.852 €	Der Bau einer Sozialwohnung: 60.000 €	
	"Sondervermögen" geplant für Kampfschiffe und Landstreitkräfte: 35,9 Mrd. €	Jährliche Kosten für 1.000 € mtl. BAföG für alle Studierenden in Deutschland: 35 Mrd. €	
	Kosten für das Luftwaffenprojekt FCAS bis 2050: 500 Mrd. €	Zusätzliche Ausgaben um den Welthunger bis 2030 zu beenden: 221 Mrd. € pro Jahr	
	Weltweite militärische Ausgaben (2022): 2,2 Bio. €	Klimakrise stoppen: 840 Mrd. €	

**PFLEGEKRÄFTE
STATT SOLDATEN**

**KEINE
BUNDESWEHR
IM INNEREN**

**DIE KRISE HEISST
KAPITALISMUS!**

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

UZ-Friedenstage
Franz-Mehring-Platz
Berlin

23. - 25. AUGUST 2024

EISBRENNER

GINA PIETSCH

CALUM BAIRD

ERICH SCHAFFNER

FLOH DE COLOGNE
(Mumien – Der Film)

BETTY ROSSA und weitere Künstler ...

Plus: *Friedensmanifestation *SDAJ-Jugendbereich *Diskussionen & Workshops *Infostände *Internationale Gäste *Essen & kühle Getränke *Kinderfest und mehr...